

Beschluss (vorläufig)

Verantwortung für die eigene Geschichte übernehmen: Erkenntnisse und Konsequenzen aus der Aufarbeitung der Pädophilie-Debatte bei den Grünen in den 1980er Jahren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen umfassenden Prozess der Aufarbeitung ihrer Versäumnisse in der Parteigeschichte im Umgang mit dem Thema Pädophilie angestoßen. Seit November 2014 liegt uns nun ein ausführlicher, von unabhängigen Wissenschaftlern des Göttinger Instituts für Demokratieforschung erarbeiteter Bericht zu diesem Abschnitt unserer Parteigeschichte vor. Gleichzeitig ist die parteiinterne Aufarbeitung noch nicht zu Ende, die vom Bundesvorstand im Dezember 2013 eingerichtete Arbeitsgruppe Aufarbeitung arbeitet dazu noch weiter bis Mitte 2015.

Nach allem, was diese gründliche Aufarbeitung und Rückschau bis heute darlegen konnte, ist klar: Wir Grüne haben in den 1980er Jahren Aktivisten, die eine Straffreiheit von sexuellen Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern forderten, ein Forum geboten und deren Forderungen in einigen Fällen auch in Beschlüssen programmatisch unterstützt.

Diese Beschlüsse waren zu keinem Zeitpunkt akzeptabel. Wir bekräftigen, dass sie für

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon lange keine Geltung mehr haben. Wir distanzieren uns in aller Entschiedenheit von den damaligen Forderungen und bedauern zutiefst, dass es in der frühen Parteigeschichte zu solchen Entscheidungen kommen konnte.

Denn wir wissen als Grüne seit langem: Eine einvernehmliche Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern kann es nicht geben. Sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern bedeuten immer sexualisierte Gewalt gegen Kinder und einen enormen Machtmissbrauch mit zum Teil schwerwiegenden, oft lebenslangen Folgen für die Betroffenen.

Wir bitten deshalb alle Opfer sexuellen Missbrauchs um Entschuldigung, die sich durch unsere Positionen und Debatten in den 1980er Jahren in ihrem Schmerz und ihrem Leid verhöhnt fühlen. Wir bedauern zutiefst, dass Täter unsere Beschlüsse als Legitimation ihrer Taten empfunden haben können. Der daraus erwachsenen historischen und moralischen Verantwortung wollen wir uns stellen.

Erkenntnisse aus der Aufarbeitung

In den 1970er Jahren nutzten pädophile Interessengruppen den politischen Kampf gegen repressive Moralvorstellungen und für ein liberaleres Sexualstrafrecht, um ihre Forderungen nach einer Legalisierung von sexuellen Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern als Anliegen einer breiten Emanzipationsbewegung darzustellen. In den 1980er Jahren gelang es pädophilen Aktivisten in einigen Fällen auch, die Forderung nach Straffreiheit pädophiler Handlungen in Beschlüssen der damals noch jungen grünen Partei auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu verankern.

Die Grünen verstanden sich zu dieser Zeit als Sammelbecken und Sprachrohr für verschiedenste gesellschaftliche Gruppen, die nicht Teil des damaligen politischen Mainstream-Diskurses waren und Minderheitenpositionen vertraten. So konnten auch die Anliegen der pädophilen Aktivisten in Teilen der grünen Partei zu dieser Zeit eine politische Vertretung finden, die zwar nicht unwidersprochen blieb, jedoch nach der damaligen Selbstbeschreibung als Bewegungspartei von zahlreichen Grünen als legitim erachtet wurde. Die Vorstellung, Straffreiheit für sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern sei eine legitime politische Forderung, verlor sich in der Partei dann ab Mitte der 1980er Jahre immer mehr, bis die pädophilen Forderungen und Aktivisten schließlich gänzlich aus der Partei gedrängt werden konnten.

Danach haben wir als Grüne den Fehler begangen, dieses Kapitel als politisch abgeschlossen zu betrachten, die Verantwortung für die eigene Parteigeschichte nicht explizit zu benennen und die bis heute verstörende Wirkung der damaligen Beschlüsse viel zu lange zu ignorieren. Eine umfassende Aufklärung und Aufarbeitung, wie sie seit Beginn des Forschungsprojekts des Göttinger Instituts für Demokratieforschung und seit dem Einsetzen der internen Arbeitsgruppe Aufarbeitung stattfindet, hätte es bereits viel früher geben müssen.

Wir sind als Partei gefordert unsere Geschichte in Gänze anzunehmen und sie aufzuarbeiten. Das sind wir den Betroffenen sexuellen Missbrauchs schuldig. Auch unsere Mitglieder wollen wissen, warum damals nicht erkannt wurde, dass die Vorstellung einvernehmlicher Sexualkontakte zwischen Erwachsenen und Kindern falsch und absolut inakzeptabel ist.

Der Bundesvorstand hat im Mai 2013 die Förderung eines Forschungsprojektes des Göttinger Instituts für Demokratieforschung übernommen, in dem Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen bei den Grünen wissenschaftlich untersucht wurden. Die Recherchen der unabhängigen Wissenschaftler wurden von der parteiinternen Arbeitsgruppe Aufarbeitung begleitet und unterstützt, die der Bundesvorstand im Dezember 2013 eingesetzt hat, um auch die parteiinterne Aufarbeitung voranzutreiben. Nach einem ersten Zwischenbericht des Instituts für Demokratieforschung vom Dezember 2013 liegt nun dessen Abschlussbericht vor.

Damit gibt es erstmals eine wissenschaftlich fundierte Untersuchung über Herkunft, Entstehung und Entwicklung der Pädophilie-Debatte bei den Grünen in den 1980er Jahren. Der Bericht zeichnet nach, wie die in einigen Medien, innerhalb der sozialen Bewegungen, auch in anderen Parteien, Organisationen und Gruppen sowie in Teilen der Rechts-, Erziehungs- und Sexualwissenschaften bereits in den 1960er und 70er Jahren diskutierten Forderungen nach Straffreiheit pädophiler Handlungen in grüne Debatten und Beschlüsse Eingang finden konnten.

Bei uns Grünen trugen damals die klare Haltung im Diskurs über sexuelle Befreiung, unsere Affinität für die Anliegen gesellschaftlicher Minderheiten und unsere antirepressive Grundhaltung zur Bereitschaft bei, Forderungen, sexuelle Kontakte zu Kindern straffrei zu stellen, Gehör zu schenken. Dabei dienten vor allem der Kampf für die Angleichung der Schutzaltersgrenzen bei Schwulen sowie die Forderungen nach gleichen Rechten für Kinder und Erwachsene als Anknüpfungspunkte für pädophile Aktivisten.

Dagegen gab es innerhalb der grünen Partei von Anfang an auch Gegendiskurse, Einsprüche und heftigen Widerstand, der besonders von den Frauen und FeministInnen getragen wurde. Auch bei den Grünen aktive Schwule haben sich gegen die Vereinnahmung durch pädophile Aktivisten gewehrt, so dass es in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zum Bruch mit ihnen kam.

Konsequenzen aus der Aufarbeitung

Politisch engagieren wir uns seit Langem für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Missbrauch, für Präventionsprojekte und die Unterstützung der Betroffenen. Aus der Aufarbeitung unserer Geschichte ergibt sich die Verantwortung, dass sich

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiter entschieden mit dem Problem des sexuellen Missbrauchs in unserer Gesellschaft auseinandersetzen.

Die grüne Bundestagsfraktion hat sich seit Mitte der 1980er Jahre mit großer Kontinuität mit dem Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder bzw. sexueller Missbrauch von Kindern befasst und sich für Kinderschutz engagiert – angefangen bei einer Großen Anfrage zum „Sexuellen Missbrauch von Kindern“ bereits im Jahr 1984 bis hin zum aktuellen Antrag „Kinder schützen – Prävention stärken“ vom September diesen Jahres. Wir stellen uns auch heute solidarisch an die Seite aller von sexueller Gewalt Betroffener. Wir Grüne sehen uns in Bund, Ländern und Kommunen in der Verantwortung, die Empfehlungen des „Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch“ konsequent umzusetzen. Wir wollen, dass Kinder überall bestmöglich vor Übergriffen geschützt werden. Die Perspektive der Opfer soll im Mittelpunkt stehen. Dazu gehören der Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote, die ausreichende finanzielle Unterstützung des „Fonds Sexueller Missbrauch im familiären Bereich“ und ein breites und bedarfsgerechtes Angebot an Präventionsmaßnahmen. Die Arbeit des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs wollen wir dauerhaft absichern und im Bereich der Aufarbeitung weiter ausbauen.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass es irgendeinen gesellschaftlichen Bereich gäbe, in dem Prävention und Achtsamkeit gegenüber sexueller Gewalt verzichtbar wären. Das haben wir aus der intensiven Beschäftigung mit dem Thema gelernt. Deshalb wollen wir auch in den Strukturen unserer Partei die Sensibilisierung für das Thema sexualisierte Gewalt schärfen. Der Bundesverband, die Landesverbände und die Grüne Jugend werden zu diesem Zweck Ombudspersonen benennen, die Anlaufstellen für Parteimitglieder zum Thema sexualisierte Gewalt sind.

Wir werden die Aufarbeitung der Pädophilie-Debatte auch nach Abschluss des Forschungsprojekts des Göttinger Instituts für Demokratieforschung fortsetzen. Die Diskussion um pädophile Strömungen und Forderungen innerhalb der Grünen zeigt, wie wichtig die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist.